

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/98

Bonn, den 24. Mai 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	Konrad Adenauer - der "Saarbefreier"	98

Das "Europäische Statut" - und wer dafür und wer dagegen war  
Versuchte Geschichtsfälschung und die Wahrheit

3	Tradition bewahrt	37
---	-------------------	----

Zur Wahl des österreichischen Bundespräsidenten

4	Störfeuer aus Moskau	45
---	----------------------	----

Offene Einmischung in die finnische Innenpolitik

5	Nur großangelegte Agrarreformen haben Aussicht auf Erfolg	44
---	---	----

Rapport des Internationalen Arbeitsamtes  
Von Pierre Simonitsch, Genf

Konrad Adenauer - der "Saarbefreier"

Das "Europäische Statut" - wer dafür und wer dagegen war  
Versuchte Geschichtsfälschung und die Wahrheit

sp - Durch Zufall erhielten wir Kenntnis von einer Rededisposition für CDU-Versammlungsredner, die von der Bundesgeschäftsstelle der CDU in den beginnenden Landtagswahlkampf im Saarland geschickt werden sollen. Darin wird u.a. der frühere Bundeskanzler, Dr. Konrad Adenauer, auch als "Saarbefreier" dargestellt. Es sei der politischen Kunst Adenauers zuzuschreiben - heißt es -, daß das heutige Saarland vor zehn Jahren nicht "europäisiert" wurde, sondern wieder nach Deutschland eingegliedert werden konnte. Das ist natürlich eine üble Geschichtsfälschung. Wie es in Wahrheit damals zuging, zeigen einige Dokumente.

Im Rahmen der Pariser Verträge schloß die CDU/CSU-Bundesregierung mit der französischen Regierung 1954 ein Abkommen über eine Europäisierung des Saarlandes. Es wurde die Schaffung eines "Europäischen Statuts", das durch Volksabstimmung von der Saarbevölkerung angenommen werden sollte, vereinbart. Dies sah u.a. vor:

I. Ziel der ins Auge gefaßten Lösung ist es, der Saar im Rahmen der westeuropäischen Union ein europäisches Statut zu geben. Nachdem dieses Statut im Wege der Volksabstimmung gebilligt worden ist, kann es bis zum Abschluß eines Friedensvertrages nicht mehr in Frage gestellt werden.

II. Ein europäischer Kommissar nimmt die Vertretung der Saarinteressen auf dem Gebiet der auswärtigen Angelegenheiten und der Landesverteidigung wahr. Der Kommissar überwacht die Beachtung des Statuts. Der Kommissar wird vom Ministerrat der Westeuropäischen Union ernannt. Er ist dem Rat verantwortlich. Der Kommissar darf weder Franzose noch Deutscher noch Saarländer sein. Bei der Mehrheit, mit der er ernannt wird, müssen sich die Stimmen Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland befinden; auch die Zustimmung der Saar ist erforderlich.

Der Kommissar unterbreitet jährlich dem Ministerrat einen Rechenschaftsbericht, der von diesem der Versammlung der Westeuropäischen Union zugeleitet wird.

Soweit der Ministerrat in bezug auf das Saarstatut Aufgaben zu erfüllen hat, entscheidet er mit einfacher Mehrheit.

Dem Abkommen wurde in der Bundestagsitzung vom 27. Februar 1955 in dritter Lesung zugestimmt. Es erhielt 264 Ja-Stimmen und 204 Nein-Stimmen. Neun Abgeordnete hatten sich der Stimme enthalten. Gegen das Abkommen stimmten die SPD und die FDP.

Adenauer und das Saarstatut

Bevor es zur Volksabstimmung an der Saar kam, gab es in der Bundesrepublik eine heftige Diskussion, in der die CDU/CSU auf der Seite der Befürworter des Saarstatuts stand. Adenauer sagte am 2.9.1955 in einer CDU-Versammlung in Bochum (laut Bulletin):

\* "Nun, da ich von Europa spreche, lassen Sie mich hier in aller Offenheit und mit allem Freimut etwas sagen. Ich bin in großer Sorge wegen der Vorgänge an der Saar... An die Bevölkerung an der Saar habe ich die herzlichste Bitte zu richten: Ich verstehe, daß sie die Regierung Hoffmann nicht mehr will, und ich bin der Auffassung, die Regierung Hoffmann hat im Saargebiet keinen Boden mehr bei der Bevölkerung. Aber der Weg, zu einer anderen Regierung zu kommen, ist gerade, dieses Sta-

\* tut anzunehmen und dann in der darauf stattfindenden Landtagswahl ei-  
\* nen Landtag zu wählen, der in seiner Mehrheit gegen die Regierung Hoff-  
\* mann gerichtet ist. Wenn man das tut, dann wahrt man gleichzeitig  
\* auch die europäischen Interessen, die es nicht vortragen, das ausge-  
\* rechnet in diesem Augenblick und in diesen Wochen, wenige Wochen vor  
\* der zweiten Genfer Konferenz, in Europa zwischen Deutschland und Frank-  
\* reich wieder ein Unruheherd geschaffen wird."

Am 26. August veröffentlichte der Pressedienst der CDU/CSU, der  
"Deutschland-Union-Dienst" (DUD), zum Abstimmungskampf an der Saar fol-  
gende Poststellung:

\* "Der sehr zahlreich besuchte Bundesparteiausschuß der Christlich-Demo-  
\* kratischen Union Deutschlands hat auf seiner Sitzung vom 5. 2. 1955 der  
\* CDU/CSU-Praktion des Bundestages nach ausführlicher Diskussion gegen  
\* drei Stimmen empfohlen, dem Saarstatut zuzustimmen. Der Bundespartei-  
\* ausschuß ging dabei davon aus, daß noch vor einigen Jahren niemand ho-  
\* fen konnte, daß der Saarbevölkerung die politischen Freiheiten in ab-  
\* schbarer Zeit gewährt werden würden und daß eine bessere Vereinbarung  
\* zwischen Frankreich und Deutschland über die weitere Entwicklung an  
\* der Saar nicht zu erreichen sei."

Am 23. 10. 1955 trat Adenauer erneut nachdrücklich für die Annahme  
des Saarstatuts ein. Lediglich die CDU Saar folgte der Linie ihrer Bun-  
despartei nicht. Bei ihrer Gründungsversammlung wurde eine Entschlie-  
ßung angenommen, in der es u.a. hieß:

\* "Die Christlich-Demokratische Union Saar sagt zu dem Statut vom 23. 10.  
\* 1954: NEIN... Sie vermag aus dem vollen Verantwortungsbewußtsein vor  
\* ihrer vaterländischen und europäischen Verpflichtung einem Statut nicht  
\* ihre Zustimmung zu geben, dessen Geltung zeitlich nicht abzusehen ist,  
\* das aber die tatsächliche politische und wirtschaftliche Abtrennung  
\* von Deutschland herbeiführt."

Dagegen hatte am 4. August 1955 der Bonner CDU-Pressedienst in ei-  
nem Kommentar an die saarländische Schwesterpartei die Wahrung ausgespro-  
chen, dem Saarstatut zuzustimmen. In dem Kommentar hieß es:

\* "Wer das Statut ablehnt, setzt die Erleichterungen und die Möglichkei-  
\* ten, die es in sich birgt, aufs Spiel, denn niemand vermag eine Ge-  
\* währ dafür zu übernehmen, daß Frankreich nach einem Scheitern des Sta-  
\* tuts zu neuen Verhandlungen über eine Verbesserung der Verhältnisse an  
\* der Saar bereit sein wird."

#### Die Saarbevölkerung setzte sich durch

Die Volksabstimmung hatte indessen gegen alle Erwartungen der CDU  
eine überwältigende Ablehnung des Saarstatuts zum Ergebnis. Das Landes-  
wahlamt in Saarbrücken gab am Abstimmungstage, dem 23. Oktober 1955, fol-  
gendes Ergebnis bekannt:

Wahlbeteiligung	96,72 Prozent	Gültige Stimmen	625 407 = 97,15 %
Ja-Stimmen	201 973 = 32,29 %	Nein-Stimmen	423 434 = 67,72 %

Damit hatte die Bevölkerung des Saarlandes erreicht, was nach den  
Ratschlägen Adenauers und der CDU nur durch eine Abtrennung des Saarlan-  
des von Deutschland möglich sein würde: den Rücktritt der Regierung Hoff-  
mann. Sie gab nach Vorliegen des Abstimmungsergebnisses eine Erklärung  
ab, in der es heißt:

\* "Die Regierung des Saarlandes respektiert die Entscheidung der Mehr-  
\* heit der saarländischen Bevölkerung. Unter Beachtung der demokrati-  
\* schen Gepflogenheiten erklärt die Regierung ihren Rücktritt..."

Tradition bewahrt

Zur Wahl des österreichischen Bundespräsidenten

sp - Der vierte Präsident der zweiten Republik Österreich ist wieder ein Sozialdemokrat. Der Wahlausgang war ungewiß, keiner wagte zu prophezeien. Es hat ein Kopf-an-Kopf-Rennen gegeben wie noch niemals zuvor in der Nachkriegsgeschichte der Alpenrepublik. Schließlich siegte, wenn auch mit knapper Mehrheit, der Kandidat der österreichischen Sozialisten, der Wiener Bürgermeister Franz Jonas, über seinen Opponenten, den ehemaligen Bundeskanzler Gorbach. Beide Parteien schenkten sich nichts, sie führten den Wahlkampf mit äußerster Härte. Gorbach hatte es von vornherein mit einem Handicap zu tun. Er war von seiner eigenen Partei vor Jahren als Bundeskanzler abberufen worden. Die schwersten Vorwürfe gegen ihn kamen damals nicht von seinen politischen Gegnern, sondern aus den eigenen Reihen. Das sollte sich rächen. Die Österreichische Volkspartei gab sich während des Wahlkampfes viel Mühe, diesem Mann neuen Glanz zu verleihen, sie stattete ihn mit Eigenschaften aus, deren Fehlen sie, als er noch Bundeskanzler war, bemängelte. Gestürzte Denkmäler lassen sich eben nicht immer in ihrem früheren Stand herrichten.

Für die Österreichische Demokratie bringt die Wahl von Franz Jonas eine innere Festigung. Das bisherige Gleichgewicht im Staate bleibt erhalten. Seit 1945 hat es in Österreich einen sozialdemokratischen Staatspräsidenten und einen Volksparteiler als Bundeskanzler gegeben, so hielten sich beide Parteien die Waage. Die Alleinherrschaft einer Partei wäre auch Österreich nicht gut bekommen. Die Erinnerung an das Bürgerkriegsjahr 1934, das der Alpenrepublik den Verlust der Freiheit brachte und sie zur leichten Beute des Dritten Reiches werden ließ, ist immer noch lebendig und hat wohl auch bei dieser Wahl den Ausschlag gegeben. Die österreichische Verfassung gibt dem Bundespräsidenten mehr Machtbefugnisse, als sie der Präsident der Bundesrepublik besitzt.

Die Sozialdemokraten Renner, Körner und Schärff, die Vorgänger von Franz Jonas, haben davon nie Gebrauch gemacht; es war auch kein Anlaß dazu. Sie lenkten mit sicherer Hand das österreichische Staatsschiff auch durch stürmische Gewässer, gaben ihrem Land Ruhe und Stabilität, sicherten ihm den inneren Frieden. Die Wahl von Franz Jonas zum Präsidenten von Österreich ist nicht nur ein persönlicher Vertrauensbeweis, sie stärkt auch die österreichische Sozialdemokratie und weist jene Kräfte in der Österreichischen Volkspartei in die Schranken, die Parteioligarchen über das Staatswohl stellen.

### Störfener aus Moskau

#### Offene Einmischung in die finnische Innenpolitik

K.K. - Keine finnische Partei ist den Männern im Krenl so verhaßt wie die sozialdemokratische. Der Grund dafür ist nicht etwa, daß die finnischen Sozialdemokraten eine andere außenpolitische Linie vertreten als die übrigen Parteien; auch die Sozialdemokraten bekennen sich zur sogenannten Paasikivi-Linie, die dem Friedensvertrag mit der Sowjetunion entspricht und Finnland außenpolitisch von der Sowjetunion abhängig macht. Noch weiter als die Paasikivi-Linie geht allerdings der Präsident der Republik selbst: Die Neutralitätsverpflichtung Finnlands mißachtend, äußerte Kekkonen bei einem Besuch in Moskau im Februar dieses Jahres, eine multilaterale Kernwaffenarmee, nämlich eine solche der NATO, bedrohe den Frieden Europas, wobei dem Präsidenten sehr wohl bekannt ist, daß auch eine solche NATO-Streitkraft, käme sie zustande, nur der Verteidigung dienen könnte, niemals jedoch einem Angriff.

Die finnischen Sozialdemokraten sind seit ihrem letzten Parteitag ohne den in Moskau mißliebigen Dr. Väinö Tanner als Vorsitzenden; Tanner, Führer der Genossenschaftsbewegung, galt in Finnland und selbstverständlich auch in Moskau als ein Sinnbild nationalen Behauptungswillens. Aber auch die neue Leitung der sozialdemokratischen Partei paßt den Moskauern nicht. Die Sozialdemokraten von der finnischen Regierung fernzuhalten, ist Moskaus eifriges Bestreben.

Vor einigen Wochen wurde jener führende Mann der Sozialdemokraten, der sich um die Wiedervereinigung der Partei, um die Rückführung der Splittergruppe, genannt Simoniten, am meisten verdient gemacht hat, einstimmig zum neuen Präsidenten des finnischen Reichstages gewählt, nämlich Karl August Fagerholm. Moskau nahm dies nicht ohne Grund als ein Zeichen für das wachsende Ansehen der Sozialdemokraten, die übrigens bei den letzten Gemeindewahlen vor einigen Monaten einen überwältigenden Sieg errungen haben. Der Wählerschwund der Simoniten hat diese den Einigungsbestrebungen gegenüber noch freundlicher gemacht, und eine Woche vor Pfingsten soll die Wiedervereinigung der sozialdemokratischen Parteien bei einer Tagung bestätigt und verkündet werden.

Dies und nichts anderes gab Moskau den Anlaß, in der "Prawda" vom 15. Mai verkünden zu lassen, die finnische Sozialdemokratie sei eine Partei, die größtes Mißtrauen verdient; sie sei eine Gefahr für die Außenpolitik Finnlands und also auch eine Gefahr für das gute Verhältnis, das es zwischen Finnland und der Sowjetunion gebe und durch den Friedens- und Freundschaftspakt zwischen den beiden Ländern dargestellt werde.

Es handelt sich also um einen letzten Versuch Moskaus, zu verhindern, daß die finnische Sozialdemokratie wiederum eine der entscheidenden Kräfte in der Politik Finnlands wird, wiederum an der Regierung teilnimmt und in dieser wiederum leitend wird.

Nur großangelegte Agrarreformen haben Aussicht auf Erfolg

Rapport des Internationalen Arbeitsamtes

Von Pierre Simonitsch, Genf

Das Nebeneinander von extremer Armut und provokantem Reichtum, ein der Sklaverei nahekommenes Feudalsystem, Unsicherheit der Landbevölkerung bezüglich des Lebensunterhalts - das sind in weiten Gebieten unseres Planeten noch immer die augenscheinlichsten Merkmale der herrschenden Agrarstruktur. Das Internationale Arbeitsamt hat nunmehr einen Rapport über die verschiedenen Aspekte einer Agrarreform fertiggestellt, der an der kommenden Internationalen Arbeitskonferenz Anfang Juni als Diskussionsgrundlage dienen soll.

Eines der Haupthindernisse, das sich dem wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt der unterentwickelten Länder entgegenstellt - und betreffend dessen rascher Beseitigung sich das IAI keinerlei Illusionen hingibt -, ist die große Zahl von winzigen Landparzellen, deren Ernteertrag zur Ernährung seiner Behauer nicht ausreicht. So verfügen in Indien mehr als die Hälfte aller Bauernfamilien über weniger als einen Hektar Boden; zur Erreichung des Existenzminimums braucht man jedoch an die zwei Hektar pro Familie.

- \* Was in Asien vielfach auf die Überbevölkerung zurückzuführen
- \* ist, geht in Lateinamerika auf das Konto der Großgrundbesitzer. In dieser Region haben zehn Prozent der Bevölkerung 90
- \* Prozent des Bodens zusammengerafft. Die Folgen dieser unhalt-
- \* baren Zustände machen sich in Form einer allgemeinen Land-
- \* flucht bemerkbar, mit einem Verfall der Landwirtschaft auf
- \* der einen Seite und der Bildung von riesigen "Slums" auf der
- \* anderen.

Zur Abschaffung dieser Mißstände gibt es nur eine Lösung: Die wirkliche Agrarreform. Unzulängliche Ansätze, wie sie in manchen Ländern bereits unternommen wurden, haben keine Aussicht auf Erfolg, stellt der Rapport fest. Die notwendige Agrarreform muß nicht nur gut durchdacht sein, sondern auch in einer angemessenen Größenordnung durchgeführt werden. Das Programm muß sich zum Ziel setzen, die großen Unterschiede zwischen den Einkommen, dem Bodenbesitz sowie den sozialen und politischen Stellungen der einzelnen Bevölkerungsgruppen abzuschaffen.

Nichtsdestoweniger kann eine Reform mit der Neuaufteilung des Bodens nicht als abgeschlossen betrachtet werden. Erst eine gleichzeitig unternommene technische Ausbildung der Nutznießer der Reform, die Einführung neuer Landwirtschaftsmethoden, die Gewährung von langfristigen und günstigen Krediten sowie die Schaffung von nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen verspricht den längst fälligen sozialen Umschwung zu bewerkstelligen. Abschließend weist der Rapport auf die wichtige Rolle hin, die in diesem Rahmen den Genossenschaften zufällt, indem durch sie die Vorteile von großen und kleinen Landwirtschaftsunternehmen kombiniert werden können.